

*Der Rechtstrend – nicht nur in den neuen Bundesländern – gilt als große Herausforderung für „alle Demokraten“ (Steinmeier). Der Politikbetrieb kümmert sich um Ab- und Ausgrenzung; der Zuwachs am rechten Rand soll, auch wenn man sich mit ihm arrangieren muss, nicht einfach dazugehören. Gleichzeitig sind Zivilgesellschaft und Bildungseinrichtungen aufgefordert, ihren Beitrag zur Auseinandersetzung zu leisten. Dabei kommt natürlich auch die politische Bildung in den Blick.*

## Das „direkte Gespräch“ – mit, über, gegen rechts?

*von Johannes Schillo*

**M**itte November 2017, bei seinem Antrittsbesuch in Sachsen, rief Bundespräsident Steinmeier dazu auf, Rechtsextremismus in der Gesellschaft klar zu benennen. „Wenn zum Beispiel alte Nazi-Ideologie wieder hochgeholt oder eine ‚Neue Rechte‘ beschworen wird“, müsse das „alle Demokraten auf den Plan rufen“, betonte er bei einer Veranstaltung in Dresden, zu der die sächsische Landeszentrale für politische Bildung eingeladen hatte und über die das Online-Magazin „MiGAZIN – Migration in Germany“ (<http://www.migazin.de/>, 15.11.2017) berichtete. Das 2010 ins Leben gerufene Magazin will übrigens interessierten und engagierten (jungen) Menschen, die Gelegenheit bieten, den Integrationsdiskurs mitzugestalten. Es sieht Möglichkeiten zur Mitarbeit vor, verschickt u.a. täglich einen Newsletter zu Themen, die Migration und Integration betreffen (Kontakt: E-Mail: [redaktion@migazin.de](mailto:redaktion@migazin.de)).

Steinmeier mahnte bei der Diskussion „die Wiedergewinnung der Gesprächsfähigkeit“ und eine offene Debatte über die Herausforderungen an. Vor allem das „direkte Gespräch“ jenseits aller sozialen Netzwerke müsse wieder gesucht werden. Mit Blick auf die Pegida-Bewegung und deren Gegner bedauerte der Bundespräsident: „Es gibt keine Gespräche miteinander. Alles, was inhaltlich dringend notwendig wäre, diese demokratische Kontroverse, findet nicht statt.“ Was in keinem Fall weiterhelfe, seien der „Gestus der Empörung, enthemmte Wut und Drohung“. Die Veranstaltung der Landeszentrale stand unter dem Motto „Unterschiede aushalten. Streit wagen. Demokratie leben. Und was politische Bildung dabei soll...“. Ministerpräsident Tillich (CDU) räumte in der Diskussion ein, dass in den sächsischen Schulen politische Bildung zu lange vernachlässigt wurde.

### **Argumentieren...**

In der Diskussion plädierten der scheidende Ministerpräsident wie auch der Dresdner Politikprofessor Werner Patzelt für eine Entschlackung des Stundenplans zugunsten politischer und kultureller Bildung. Das Fach Gemeinschaftskunde sei zu lange an den Rand gedrängt worden, so Patzelt. Es brauche aber Zeit, Zusammenhänge zu lernen und Schüler

zur Diskussion zu befähigen. Es braucht freilich nicht nur Zeit, sondern auch, was im *Auswege*-Magazin schon Thema war (vgl. Schillo 2017b), die Bereitschaft, in eine *diskursive* Auseinandersetzung mit rechten Positionen einzutreten und Bildungsbemühungen darauf abzustellen. Und daran mangelt es in zweierlei Hinsicht. *Erstens* gilt offiziell eine staatliche Ausgrenzungsstrategie: Bei der Abwehr extremistischer Gefahren haben Staats- und Verfassungsschutz die primäre Zuständigkeit, im Extremismuskonzept, das dieser Grenzziehung den wissenschaftlichen Überbau liefert, ist die Frage nach der (Nicht-)Zugehörigkeit zum öffentlichen Diskurs der leitende Gesichtspunkt. *Zweitens* leidet das pädagogische Engagement in den verschiedenen Bildungsabteilungen oft genug darunter, dass es sich dieser Strategie unterordnet und in der puren Identifizierung und Abwehr der rechten Störer/Störfälle seine Hauptaufgabe sieht. Eine Aufklärung über den politischen Gehalt rechter Positionen wird dadurch behindert.

Den Standpunkt der Extremismusforschung hat jüngst noch einmal ein Sammelband der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) deutlich gemacht, der vom bpb-Fachbereich Extremismus verantwortet wurde (Flümann 2017). Bis 2013 hieß der Fachbereich „Rechtsextremismus“, er wurde dann im Sinn des allgemeinen Extremismuskonzepts umbenannt. Die Leistung des Konzepts wird vom Herausgeber Gereon Flümann, Referent in der Bundeszentrale, nochmals auf den Punkt gebracht, wobei zunächst eine scheinbare Aufnahme der vielfach schon vorgetragenen kritischen Einwände (vgl. Ahlheim/Schillo 2012) erfolgt. Die Veröffentlichung solle, so heißt es eingangs, „als Beitrag zu einer offenen Debattenkultur im Rahmen einer als Demokratiebildung verstandenen politischen Bildung wirken. Ziel ist es nicht, extremistische Begriffsdeutungen aufzudecken und daraufhin rigide aus dem politischen Diskurs auszuschließen. Vielmehr soll ein Bewusstsein über unterschiedliche Strategien und Mechanismen der Nutzung politischer Begriffe gestärkt werden“ (Flümann 2017, 10).

Das Dementi ist bezeichnend, seine Bedeutung wird einige Seiten später klargestellt. Natürlich geht auch Flümann von der Polarität Demokratie – Extremismus aus, schließt sich also dem offiziellen Freund-Feind-Denken an. Doch ist er sich der Tatsache bewusst, dass es angesichts des Rechtsrucks in der Republik eine (wachsende) Grauzone gibt, die sich der vor-schnellen, „rigiden“ Einordnung entzieht. Bei bestimmten Aussagen zur Flüchtlingspolitik beispielsweise lässt sich nicht auf Anhieb sagen, ob sie von der FDP, den Grünen, der CSU oder der AfD stammen, ob sie also noch demokratisch zulässig oder schon untragbar extrem sind. Diese Entscheidung treffen übrigens die staatlichen Stellen, daher ist die angemahnte Zurückhaltung unumgänglich. Wenn etwa heute der Terminus „Heimat“ von fast allen Parteien positiv besetzt wird, haben Pädagoge und Pädagogin der neuen Hochachtung vor diesem Grundwert Rechnung zu tragen, dabei aber die Aufmerksamkeit auf die „Strategien der Nutzung“ zu richten. Wer will aus der Besetzung des Themas Kapital schlagen – Demokraten oder Extremisten? Das ist, vereinfacht gesagt, die Leitfrage, die für die Befassung gelten

soll. In dem Sammelband macht das paradigmatisch noch einmal Verfassungsschutzprofessor Armin Pfahl-Traughber am Begriffspaar „Antifaschismus – Antikommunismus“ deutlich: Beide sind akzeptable Positionen, bei denen jedoch die demokratische von der extremistischen „Begriffsnutzung“ (ebd., 301ff) zu unterscheiden ist.

Wie gesagt, wo im einzelnen Fall die rote Linie verläuft, will der Herausgeber offen halten. Die grundsätzliche Dichotomie steht aber fest. Flümman bekräftigt auch noch einmal, dass Extremismus nicht den politischen Inhalt der darunter befassten – völlig disparaten – Standpunkte betrifft, sondern deren Distanz zu „Minimalbedingungen“ des demokratischen Verfassungsstaates. Im Extremismusschema interessiert nur, dass solche Positionen bei ihrer Abweichung vom Geforderten strukturelle Gemeinsamkeiten aufweisen. „Diese sind unter anderem ein absoluter Wahrheitsanspruch, Dogmatismus, ausgeprägtes Freund-Feind-Denken, Fanatismus, beabsichtigte ganzheitliche Kontrolle und Homogenität der Gesellschaft.“ (Ebd., 12) Genial ist hier schon die Einführung mit „unter anderem“. Bei dem alles entscheidenden Punkt der Zuordnung bzw. Abgrenzung zwischen den beiden Polen, lässt der Autor die Möglichkeit offen, bei Bedarf noch Kriterien nachzuliefern! Auf die genannten sechs Punkte sei hier nicht näher eingegangen. Jedem unvoreingenommenen Leser dürfte aber gleich die Redundanz der Definition auffallen. Drei der genannten Punkte lassen sich darin zusammenfassen, dass politische Akteure mit dem Anspruch auftreten, *sie* hätten recht und *nicht* ihre Gegner – gewiss kein aparter Standpunkt im politischen Leben. Bleiben drei weitere Vorwürfe, zunächst der Manichäismus, der die Welt zwischen schwarz und weiß aufteilt, was, wie angedeutet, auch den Extremismusforscher kennzeichnet. Dabei kennen überzeugte Ausländerfeinde ebenso Grauzonen und differenzieren bei ihren Feinddefinitionen – nicht alle Ausländer geraten in gleicher Weise ins Visier ihrer Aggression. Und schließlich stellt die ganzheitliche Kontrolle der Gesellschaft in Zeiten erhöhten Sicherheitsbedarfs überhaupt einen anerkannten Wert dar, ist also keine Spezialität von Extremisten, was genau so für die gesellschaftliche Homogenität gilt (siehe die regierungsoffiziellen Stichworte: Integration, Verhinderung von Parallelgesellschaften, Orientierung an deutscher Leitkultur..).

Der pädagogische Mangel, der aus dem Befolgen der staatlichen Vorgabe resultiert, der aber auch seine hausgemachten, z.B. didaktischen Gründe hat, ist ausführlich Thema in der neuen Arbeitshilfe „Gegen Rechts argumentieren lernen“ der Hochschullehrer Rolf Gloël, Kathrin Gützlaff und Jack Weber, die bei Auswege bereits vorgestellt wurde (vgl. Schillo 2017b). Die Publikation bietet in der Hauptsache einen Argumentationsleitfaden, der unmittelbar für die Bildungspraxis verwertbar ist. In weiteren Kapiteln geht es um „Wege und Holzwege politischer Bildung gegen Rechts“ sowie um die Frage, worin der Rechtsruck eigentlich besteht, was seine Gründe sind und wie er aus offiziellem Blickwinkel interpretiert wird. Warum sich Menschen rechten politischen Orientierungen und Organisationen anschließen, wird z.B. anhand fünf gängiger Erklärungen („Angst“, „Soziale Unzufriedenheit“,

„Einfache Lösungen“, „Unzufriedenheit mit den Eliten“, „Populismus und Rattenfängerei“) untersucht und mit Gegenthesen der Autoren konfrontiert. Dann wird thematisiert, wie die etablierte Politik auf den Rechtsruck reagiert. Dabei kommen die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den staatstragenden und den Parteien des rechten Randes zur Sprache.

### **...oder doch nicht?**

Gerade die inhaltlichen Gemeinsamkeiten, die sich bei zentralen Punkten – Volk, nationale Identität, Heimat, Familie – finden lassen, machen hierzulande die Auseinandersetzung mit rechten Positionen zu der großen Herausforderung (zur Situation in Österreich siehe die Analyse von Auinger 2017, die allerdings nicht als pädagogischer Leitfaden konzipiert ist). Wer sich mit ihnen anlegen will, stößt schnell auf Prinzipien, die der nationalstaatlichen Verfassung des heutigen Kapitalismus zugrunde liegen und gar nicht exklusives Merkmal eines leicht ausgrenzbaren rechten Weltbildes sind. Deshalb existiert das gängige Verfahren, rechte Standpunkte dadurch zu desavouieren, dass man sie nicht inhaltlich kritisiert, sondern hinter ihrer Äußerung nach – untragbaren, eben extremen – Absichten fahndet, also etwa am Beispiel der AfD den wahren, nämlich nationalsozialistischen Plan dieser Biedermänner enthüllt, den sie vor dem Publikum verbergen.

Ein einschlägiges Beispiel haben jüngst die NachDenkSeiten aufgegriffen, nämlich die Promotion, die das Buch „Mit Rechten reden“ (Leo u.a. 2017) erfahren hat. Dieser Leitfaden, schreibt Paul Schreyer (2017), zeige den typisch abgehobenen und selbstgerechten Ton einer Pseudo-Auseinandersetzung, die „Unfähigkeit, konträren Positionen inhaltlich zu begegnen. Die Autoren erklären genau das sogar zur besonderen Qualität ihres Werks: mit den geistigen Niederungen der Argumente mögen sich andere befassen, wahre Intellektuelle beleuchten dagegen die Meta-Ebene, die ‚Art des Redens‘. Zwar kritisieren auch sie stumpfes Lagerdenken und die Selbstgerechtigkeit auf beiden Seiten, vor allem aber geht es ihnen darum, im Spiegelsaal der Eitelkeiten kunstvolle Pirouetten der eigenen Klugheit zu drehen.“ In der Verlagsankündigung des Leitfadens heißt es passender Weise, dass es in der Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus und Neuen Rechten „um mehr geht als die Macht des besseren Arguments. Es geht vor allem um die Kunst, weniger schlecht zu streiten.“ (Leo u.a. 2017) Die Autoren wollten nicht sagen, „wie man mit Rechten reden muss. Sie führen vor, warum, wie und worüber sie selbst mit Rechten reden.“

Ihr Konzept begründen sie so: „Wir begreifen als ‚rechts‘ keine eingrenzbare Menge von Überzeugungen oder Personen, sondern eine bestimmte Art des Redens... Fast alle ‚rechten‘ Phänomene, mit denen wir es derzeit zu tun haben, lassen sich als Formen der Rede auffassen, genauer gesagt: der reaktiven Rede. Der rechte Diskurs reagiert auf eine demokratische Öffentlichkeit in der Krise.“ (Ebd., 12) Die Argumentationshilfe von Jürgen Beetz, die sich ebenfalls auf der Ebene der Sprachkritik bewegt, spricht das Prinzip einer solchen Heran-

gehensweise offen aus: „Ein Vorteil der sprachlichen Analyse ist natürlich auch, dass ich auf sachlich-inhaltliche Argumente weitgehend verzichten kann (und muss).“ (Beetz 2017, 19) Das ist genau das, was die NachDenkSeiten als die Überheblichkeit einer Metaebene kennzeichnen: Man lässt sich mit ausgegrenzten Rechten nicht auf eine inhaltliche Kontroverse ein, sondern bestreitet ihnen, dass sie als Neofaschisten das Recht haben, ehrenwerte Titel wie Volk, Nation und Heimat zu ihren Anliegen zu erklären.

Schreyer hat in seinem Artikel übrigens noch einen wichtigen Punkt angesprochen, dass nämlich der Pseudo-Auseinandersetzung mit rechts ein Standpunkt korrespondiert, der rasch zu Zensurmaßnahmen übergeht. Diskussionsbeiträge und Publikationen – Schreyer greift das Beispiel von Thorsten Schultes Enthüllungsbestseller „Kontrollverlust“ auf – würden danach taxiert, ob man sie dem rechten Rand zuordnen kann oder nicht. Eine inhaltliche Auseinandersetzung braucht es dafür nicht, als Beweis im genannten Fall reichte es aus, dass das Buch im Kopp-Verlag, der sich wiederum bestimmten rechten Aktivitäten zuordnen lässt, erschienen ist. Hier zeigt das Extremismusschema seine Produktivität: Man muss im konkreten Fall nur wissen, wer spricht, aus welcher Institution, welchem Kontext etc. die Wortmeldung stammt. Wenn sich Person oder Organisation – jedenfalls nach dem aktuellen Konsens der Demokraten – einem extremen Vorhaben zuordnen lassen, erübrigt sich die weitere Befassung. Dann werden z.B., wie Schreyer berichtet, Bücher aus den Regalen von Buchhandlungen entfernt, um dem Publikum statt dessen Exemplare der genannten Pseudo-Aufklärung von Per Leo und Co. nahezubringen.

Es gibt natürlich auch Veröffentlichungen, die sich mit den Inhalten der Rechten auseinandersetzen, so z.B. die Analyse von Stefan Dietl (2017), die die Stellung der AfD zur sozialen Frage untersucht, oder das Schwarzbuch des Recherchenetzwerks Correctiv.org (2017), das das Programm der AfD durchgeht. Ein neues Handlexikon von Klaus Ahlheim und Christoph Kopke (2017) bietet ein alphabetisch geordnetes Lese- und Arbeitsbuch, das die verschiedenen Spielarten des rechten Radikalismus aufführt und analysiert, sich auch als Handreichung für die pädagogische Arbeit versteht. Die Erwachsenenpädagogen Klaus Ahlheim (vgl. Ahlheim 2007) und Klaus-Peter Hufer (vgl. Hufer 2000, 2017) gehören zu den Pionieren der politischen Bildung in diesem Bereich. Sie begannen Ende der 1990er Jahre Handreichungen für die Bildungspraxis zu erarbeiten, die auf die diskursive Auseinandersetzung und nicht auf Maßnahmen der Abwehr oder Vereinnahmung setzten.

Im Auswege-Magazin war bereits Thema (vgl. Schillo 2017b, auch 2017a), dass bei solchen Ansätzen zwar eine Konfrontation mit dem politischen Inhalt erfolgt, dass sich aber die Tendenz bemerkbar macht, die persönlichen Voraussetzungen, inklusive psychische Tiefenstrukturen, die biographischen Prägungen oder Selbstbehauptungsbedürfnisse der Akteure in den Vordergrund zu rücken. Das hängt auch damit zusammen, dass Ahlheim und Hufer von der Vorurteilspsychologie Gordon W. Allports ausgehen – von einer Theorie, die eigenartiger Weise in einem ersten Schritt Vorurteilen eine lebenswichtige Funktion der Orientie-

rung angesichts von Umweltkomplexität zuschreibt, bevor sie in einem zweiten Schritt zu einer Kritik schädlicher, d.h. sozial unerwünschter Einstellungen schreitet. Bei Hufers Konzept, das seit Jahren erfolgreich in der Jugend- und Erwachsenenbildung eingesetzt wird, zeigt sich die Tendenz, die eigentliche Sachauseinandersetzung zurückzufahren, sie quasi nebenher als „inhaltliche Vertiefung“ (Hufer 2000, 47-51) abzuhandeln. Dieser Ansatz rückt eher das in den Vordergrund, was bei einer inhaltlichen Kontroverse als Beiwerk zu verstehen wäre (Hinweise zu Kontexten und persönlichen Hintergründen, Ermahnungen zur Disziplin, zur Beachtung von Diskursregeln etc.). So wird hauptsächlich darüber verhandelt, wie mit Menschen umzugehen ist, die auf vereinfachende Parolen hereingefallen sind. Zugespielt gesagt: „Der Hauptaufwand zielt auf die Frage, mit wem man es hier zu tun hat. Das Training besteht gewissermaßen aus einem fortlaufenden *argumentum ad hominem*.“ (Schillo 2017b)


Hufer hat jüngst aus aktuellem Anlass – Aufwind für die AfD und „rechtspopulistische“ Positionen – sein Konzept noch einmal erläutert, nämlich in dem Sammelband von Björn Allmendinger, Joachim Fährmann und Klaudia Tietze „Von Biedermännern und Brandstiftern“ (2017) vorgestellt und seine Leistungen bilanziert. Der Band ist aus der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit hervorgegangen und enthält einige interessante Beiträge. So erinnert z.B. Tammo Grabbert an Thilo Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab“ von 2010 und macht zum Thema, wie die aktuelle rechtspopulistische Gemengelage aus seriösen, in diesem Fall sozialdemokratischen Kontexten, hervorgegangen ist und mit starkem Rückenwind der Medien ihre Verbreitung gefunden hat. In dem Band findet sich natürlich auch eine Reihe von Überlegungen und Erfahrungen aus der politischen Bildungsarbeit, konzentriert auf die betriebliche Situation und auf einschlägige Gewerkschaftsprojekte.

Hufers aktueller Beitrag zum Argumentationstraining bringt immer wieder eine grundlegende Skepsis zur Sprache; er hebt hervor, dass eine Stammtischparole „trotz der Schlichtheit ihres Gehalt nicht einfach spontan zu widerlegen“ ist (Hufer 2017, 138). Sie sei eine „Metapher, eine Chiffre, ein Stellvertreterbegriff für eindeutige weltanschauliche, vorzugsweise politische Botschaften, für platte Sprüche und für aggressive Rechthabereien“ (ebd.). Trotz ihrer Platitude, also ihrer intellektuellen Dürftigkeit, soll man ihr nur schwer beikommen, auch wenn man „viele und gute Gegenargumente hätte“ (ebd., 140). Das liege daran, dass derjenige, der sie verkündet, „kein Interesse an einer wirklichen Diskussion“ habe; ihre Verfechter wollten „proklamieren und provozieren, agieren und aggressiv sein“ (ebd.). Wer sich dem entgegenstelle, mache meist die Erfahrung, „dass man sich nach der Auseinandersetzung mit den Parolen und ihren Vertretern zerknirscht und zerschlagen fühlt“ (ebd.). So sucht auch Hufers Fazit im Grunde nur eine Reihe von (Trost-)Gründen dafür, das Argumentieren nicht ganz aufzugeben, hält aber grundsätzlich fest: „Logisches, schlüssiges Argumentieren kommt nicht an eine Einstellung heran, die fundamentalistisch auf Prinzipien

und Glaubenssätzen beharrt. Darüber sollten sich alle klar werden, die die Auseinandersetzung aufnehmen.“ (Ebd., 142f)

Dieser deutlich vorgetragene Vorbehalt gegen das eigene Projekt ist *einerseits* merkwürdig. Wer Stammtischparolen schwingt, will doch offenkundig überzeugen und versucht dies ja auch mit Demonstrationen, Meldungen in Social Media etc. an den Mann bzw. die Frau zu bringen. Die Bundestagswahl 2017 hat gerade gezeigt, wie überzeugend das auf viele wirkt, so dass sie ihre angestammten Parteien verlassen und sich zur Protestwahl entschließen. Und die meisten Parolen – das weiß auch Hufer – werden ebenso von Personen vertreten, die sich dem demokratischen Konsens verpflichtet fühlen. Sprüche wie die vom „vollen Boot“ oder der Notwendigkeit einer „Obergrenze“ werden fast überall im politischen Spektrum artikuliert, von den staatstragenden Parteien je nach Konjunktur aufgenommen, beiseite gelegt oder bekämpft. Ihre angesprochene „Plattheit“ verweist ja gerade auf ihre Allgemeingültigkeit, auch wenn sie bei Rechtsradikalität – wie der Name schon sagt – mit einer radikalen Infragestellung des allgemeinen Konsenses vorgebracht wird. Und wer ihnen entgegentritt lässt sich in der Regel ebenfalls von „Prinzipien und Glaubenssätzen“ leiten, die etwa im Fall der Menschenrechte von vornherein fest stehen: Letztere gelten ja als das Fundament, als die nicht verhandelbare („unveräußerliche“) Grundlage moderner Staatlichkeit. Wer in ihrem Namen mit der immer wieder geforderten „Zivilcourage“ gegen rechts antritt, betreibt im Grunde auch „Selbstbestätigung“ und „Selbstbehauptung“, die Hufer aber nur der anderen Seite vorwirft. Laut seiner abschließenden Bilanz soll der Sinn des Argumentierens an erster (!) Stelle darin bestehen, dass man ein „gutes Gefühl“ bekomme, „den Mund aufgemacht und nicht schicksalsergeben dabei gesessen zu haben“ (ebd., 143).

*Andererseits* muss man Hufer zustimmen: Wer gegen rechts zu argumentieren versucht, macht immer wieder die Erfahrung, dass der Gesprächspartner, der etwa einen ausländerfeindlichen Spruch vorbringt, diesen bei Widerspruch nicht argumentativ verteidigt, vielmehr umstandslos zum nächsten übergeht, also weitere Bebilderungen seiner Einstellung findet. Der Betreffende geht von einer Sicherheit des Urteils aus, die gar nicht auf den Beleg angewiesen ist, ob jetzt alle Ausländer „uns“ wirklich die Arbeitsplätze, die Wohnungen, die Frauen, die freie Lebensart etc. wegnehmen (wollen), und die notfalls gegen die offiziellen „Fake News“ kategorisch ihre eigenen „alternativen Fakten“ setzt. Man hat es hier in der Tat mit einem verfestigten Standpunkt zu tun, der sich nicht wie andere Vorurteile -- etwa über gesunde Ernährung oder günstige Sonderangebote – rasch korrigieren lässt. Dieser Tatbestand ist es gerade, mit dem sich ein Argumentationstraining auseinanderzusetzen hat. Man stößt auf ein mehr oder weniger geschlossenes Weltbild, das für seinen Anhänger *existentielle* Bedeutung hat: Hier hat er seine gesellschaftliche und politische Identität gefunden, mit der Abgrenzung vom Ausländer weiß er, wohin er und was sich gehört, wo er sich berechtigter Weise zu Wort melden darf etc. Das ist die eigentliche Herausforderung eines Argumentationskonzepts. Bei den politisch relevanten Stammtischparolen manifestiert sich eine

ganze, auch in Affekten und Denkgewohnheiten verankerte Weltsicht, mit der man sich diskursiv anlegen muss. Ein Training kann also nicht einfach fertige Gegenargumente auflisten, die Interessenten dann nur noch abzurufen und weiterzugeben bräuchten. Man muss sich vielmehr – was z.B. Gloël und Co. oder Auinger jeweils im Blick haben – auf einen diskursiven Prozess einlassen, der eine tiefere Reflexion und Verunsicherung des gängigen Staatsbürgerbewusstseins einschließt als die bloße Auswechslung von ein paar unsachlichen Meinungen. 

### Literatur

- Klaus Ahlheim (Hg.), Die Gewalt des Vorurteils. Schwalbach/Ts. 2007.
- Klaus Ahlheim/Johannes Schillo (Hg.), Politische Bildung zwischen Formierung und Aufklärung. Hannover 2012.
- Klaus Ahlheim/Christoph Kopke (Hg.), Handlexikon Rechter Radikalismus. Ulm 2017.
- Björn Allmendinger/Joachim Fährmann/Klaudia Tietze (Hg.), Von Biedermännern und Brandstiftern – Rechtspopulismus in Betrieb und Gesellschaft. Hustedter Beiträge zur politischen Bildung, Band 6. Hamburg 2017.
- Herbert Auinger, Die FPÖ – Blaupause der neuen Rechten in Europa. Wien 2017.
- Jürgen Beetz, Auffällig feines Deutsch – Verborgene Schlüsselwörter eines Parteiprogramms. Aschaffenburg 2017.
- Correctiv.org/Markus Bensmann u.a., Schwarzbuch AfD – Fakten, Figuren, Hintergründe. Essen 2017, Website: [www.correctiv.org](http://www.correctiv.org).
- Stefan Dietl, Die AfD und die soziale Frage – Zwischen Marktradikalismus und völkischem Antikapitalismus. Münster 2017.
- Georg Flümman (Hg.), Umkämpfte Begriffe – Deutungen zwischen Demokratie und Extremismus. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 10024. Bonn 2017.
- Rolf Gloël/Kathrin Gützlaff/Jack Weber, Gegen Rechts argumentieren lernen. Aktualisierte Neuauflage. Hamburg 2017.
- Klaus-Peter Hufer, Argumentationstraining gegen Stammtischparolen – Materialien und Anleitungen für Bildungsarbeit und Selbstlernen. Schwalbach/Ts. 2000.
- Klaus-Peter Hufer, Argumente gegen rechtspopulistische Stammtischparolen. In: Allmendinger u.a., Von Biedermännern und Brandstiftern, 2017, S. 138-144.
- Per Leo/Maximilian Steinbeis/Daniel-Pascal Zorn, Mit Rechten reden – Ein Leitfaden. Stuttgart 2017.
- Johannes Schillo, Pädagogik gegen rechts, ächz. IVA, Juni 2017a, [https://www.i-v-a.net/doku.php?id=texts17#paedagogik\\_gegen\\_rechts\\_aechz](https://www.i-v-a.net/doku.php?id=texts17#paedagogik_gegen_rechts_aechz).
- Johannes Schillo, Pädagogik gegen Rechts: Argumentationshilfen. Auswege-Magazin, 28. Juni 2017b, <http://www.magazin-auswege.de/>.
- Paul Schreyer, Kontaktverlust oder: Wenn unbequeme Bücher „verschwinden“. NachDenkSeiten, 8.11.2017, <http://www.nachdenkseiten.de/?p=40961>.



### **Über den Autor**

Johannes Schillo (\*1949), Staatsexamen in Literatur- und Sozialwissenschaft, Journalist, bis 2015 Redakteur von Fachzeitschriften der (politischen) Weiterbildung.

### **Veröffentlichungen:**

Schillo, J. (2015, Hrsg.): Zurück zum Original. Zur Aktualität der Marxschen Theorie. VSA Verlag

### **Kontakt:**

schillo@t-online.de

---

**AUSWEGE – Perspektiven für den Erziehungsalltag**  
Online-Magazin für Bildung, Beratung, Erziehung und Unterricht  
[www.magazin-auswege.de](http://www.magazin-auswege.de)  
[antwort.auswege@gmail.com](mailto:antwort.auswege@gmail.com)